



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

01.10.2008

Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur internationalen Finanzkrise

- Auszüge -

Toulon, 25. September 2008

(...) Eine Vertrauenskrise in bisher unbekanntem Ausmaß erschüttert die Weltwirtschaft. Große Finanzinstitutionen sind in Gefahr, Millionen Kleinsparer weltweit, die ihre Ersparnisse an der Börse platziert haben, müssen zusehen, wie ihr Besitz Tag für Tag schrumpft, Millionen Rentner, die in Pensionsfonds eingezahlt haben, müssen um ihre Rente fürchten und Millionen Haushalte stehen wegen der steigenden Preise vor großen Schwierigkeiten.

Wie überall auf der Welt bangen die Franzosen um ihre Ersparnisse, um ihren Arbeitsplatz, um ihre Kaufkraft. (...)

Diese Angst gilt es zu überwinden, dies ist die wohl dringendste Aufgabe. Und man wird sie nicht überwinden, man wird das Vertrauen nicht wiederherstellen, wenn man die Menschen anlügt. Man muss ihnen die Wahrheit sagen. (...)

Den Menschen die Wahrheit zu sagen, bedeutet ihnen klarzumachen, dass die derzeitige Krise in den kommenden Monaten Auswirkungen auf das Wachstum, auf die Arbeitslosigkeit und auf die Kaufkraft haben wird.

Die Wahrheit zu sagen bedeutet, die Menschen zunächst über die Finanzkrise aufzuklären. Denn diese Krise, die schlimmste seit den 30er Jahren, bedeutet das Ende einer Welt, die auf dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges errichtet wurde. Diese Welt beruhte auf dem großen Traum von Freiheit und Wohlstand. (...)

Eine bestimmte Vorstellung von der Globalisierung geht mit dem Ende eines Finanzkapitalismus zu Grunde, der seine Logik der gesamten Wirtschaft aufgezwängt und dazu beigetragen hat, sie zu pervertieren.

Die Vorstellung von der Allmächtigkeit des Marktes, der durch keinerlei Regeln, keinerlei politisches Eingreifen eingeschränkt werden dürfe, war eine verrückte Vorstellung. Der Gedanke, dass die Märkte immer Recht haben, war ein verrückter Gedanke.

www.botschaft-frankreich.de

Mehrere Jahrzehnte lang wurden Bedingungen geschaffen, die die Industrie der Logik der kurzfristigen finanziellen Rentabilität unterwarfen. Die immer größeren Risiken, die man eingehen musste, um immer größere Gewinne zu erzielen, wurden verschwiegen.

Es wurden Entgeltsysteme geschaffen, welche die Marktteilnehmer dazu brachten, immer mehr unkalkulierbare Risiken einzugehen.

Man gab vor zu glauben, dass die Risiken verschwinden, sobald sie nur auf mehrere Schultern verteilt würden.

Man ließ die Banken auf den Märkten spekulieren statt ihre eigentliche Arbeit zu machen: Erspartes zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen und das Kreditrisiko zu bewerten.

Der Spekulant wurde eher als der Unternehmer finanziert. Rating-Agenturen und Hedge-Fonds wurden jeder Kontrolle entzogen.

Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften wurden dazu verpflichtet, ihre Aktiva zu spekulationsabhängigen Marktpreisen in ihren Konten zu führen.

Die Banken wurden Buchungsregeln unterstellt, die keinerlei Garantie für ein gutes Risikomanagement bieten, aber im Krisenfall die Lage eher verschlechtern, statt das Schlimmste abzuwenden.

Heute müssen wir für diese Verrücktheiten bezahlen!

Dieses System, bei dem Menschen, die grobe Fehler machen, mit einem goldenen Handschlag verabschiedet werden, bei dem ein Trader seiner Bank fünf Milliarden Euro Verlust einbringen kann, ohne dass jemand etwas davon merkt, bei dem man von den Unternehmen Gewinne fordert, die drei oder vier Mal so hoch sind wie das reelle Wirtschaftswachstum; dieses System hat Ungerechtigkeiten geschaffen, den Mittelstand entmutigt und die Spekulation auf den Märkten für Immobilien, Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte genährt.

Aber dieses System – das muss klargestellt werden, weil es die Wahrheit ist – ist nicht die Marktwirtschaft, ist nicht der Kapitalismus. (...)

Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus. Es ist die Krise eines Systems, das sich von den grundlegenden Werten des Kapitalismus entfernt hat, das den Grundgedanken des Kapitalismus missbraucht hat.

Das will ich meinen Mitbürgern ganz klar sagen: Der Antikapitalismus ist in keinem Fall eine Lösung der derzeitigen Krise. Wieder dem Kollektivismus das Wort zu reden, der in der Vergangenheit soviel Unglück angerichtet hat, wäre ein folgenschwerer Fehler.

Aber nichts zu tun, nichts zu verändern, sich damit zu begnügen, alle Verluste dem Steuerzahler aufzubürden und so zu tun, als wäre nichts geschehen, wäre ebenfalls ein folgenschwerer Fehler.

Wir können gestärkt aus dieser Krise herausgehen. Wenn wir bereit sind, unsere Denkweisen und unser Verhalten zu ändern. Wenn wir die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um uns den neuen Gegebenheiten anzupassen, denen wir gegenüberstehen. Wenn wir handeln statt zu erleiden.

* * *

Die derzeitige Krise muss uns dazu führen, den Kapitalismus wieder auf eine Ethik des Bemühens und der Arbeit auszurichten, ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Regeln sowie zwischen der gemeinsamen und der individuellen Verantwortung zu finden.

Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt, jetzt da weltweit staatliche Institutionen eingreifen müssen, um das Bankensystem vor dem Zusammenbruch zu retten. Wirtschaft und Politik müssen mit der Schaffung neuer Regeln ein neues Gleichgewicht herstellen.

Es muss Schluss sein mit der Vorstellung, die Selbstregulierung könne alle Probleme lösen.

Es muss Schluss sein mit dem Prinzip des Laissez-faire und der Devise „der Markt hat immer Recht“.

Wir müssen aus der Krise unsere Lehren ziehen, damit sie sich nicht wiederholt. Wir sind nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt, solch eine Entwicklung dürfen wir nicht noch einmal riskieren.

Wenn wir wieder ein lebensfähiges Finanzsystem aufbauen wollen, so bleibt die Moralisierung des Finanzkapitalismus die oberste Priorität.

* * *

Ich komme nicht umhin, zu sagen, dass wir in Sachen Bezahlung von Unternehmenschefs und Marktteilnehmern einen festen Rahmen brauchen. Hier gibt es zu viel Missbrauch und zu viele Skandale. Entweder die Wirtschaft einigt sich auf akzeptable Praktiken, oder wir regeln das Problem noch vor Ende des Jahres per Gesetz.

Es kann nicht sein, dass Unternehmenschefs Vorstandsfunktionen haben und zugleich über die arbeitsvertraglichen Rechte und Garantien eines Arbeitnehmers verfügen. Es kann nicht sein, dass Unternehmenschefs Sondervergünstigungen eingeräumt werden. Ihre Entlohnung muss entsprechend der realen Wirtschaftsleistung des Unternehmens erfolgen. Es kann nicht sein, dass man ihnen den Abgang vergoldet, wenn sie Fehler gemacht oder ihr Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht haben. Wenn Unternehmenschefs am Betriebsergebnis beteiligt werden, dann muss das auch für alle anderen Arbeitnehmer gelten. Wenn sie Aktienvorkaufsrechte haben, dann muss dies auch für die anderen Arbeitnehmer gelten oder sie müssen von einer Art Gewinnbeteiligungssystem profitieren. (...)

Ferner müssen wir den Banken Regeln auferlegen, um das System zu regulieren. Denn die Banken sind im Zentrum des Systems.

Wir dürfen den Banken nicht mehr solche Vorsichtsmaßregeln auferlegen, die eher den Einfallsreichtum bei der Rechnungslegung als ein rigoroses Risikomanagement fördern. Wir müssen in Zukunft besser kontrollieren, wie die Banken arbeiten, wie sie sich entwickeln, wie sie ihre Risiken steuern und wie effizient sie ihr Controlling durchführen.

Wir müssen die Banken verpflichten, nicht die Spekulation, sondern die wirtschaftliche Entwicklung zu finanzieren.

Die Krise muss den gesamten internationalen Bankensektor zu einer tiefgreifenden Neustrukturierung veranlassen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen und

angesichts dessen, was für die Zukunft unserer Wirtschaft auf dem Spiel steht, ist es selbstverständlich, dass Frankreich dabei eine aktive Rolle spielen wird.

Wir werden das Problem der Komplexität von Sparprodukten und der Undurchsichtigkeit von Transaktionen in Angriff nehmen müssen, so dass auch jeder die realen Risiken einschätzen kann, die er eingeht.

Aber wir müssen uns auch mit den ärgerlichen Fragen der Steuerparadiese und der Leerverkäufe auseinandersetzen. (...)

Wir werden uns Gedanken machen müssen über die Pflicht, Aktiva zum Marktpreis auszuweisen, was in Zeiten der Krise destabilisierend wirkt.

Schließlich müssen wir beschließen, die Rating-Agenturen zu kontrollieren, die zu nachlässig waren und dafür sorgen, dass keine Finanzinstitution und kein Fonds mehr den Kontrollen der Regulierungsbehörden entgehen kann.

Wenn wir wieder eine richtige Ordnung in das Finanzsystem bringen wollen, dann müssen wir auch versuchen, das Währungschaos zu beenden.

Die Währungen stehen genauso im Zentrum der Finanzkrise, wie sie im Zentrum der Verzerrungen bei den internationalen Wechselkursen stehen. Wenn wir nicht aufpassen, dann wird das Währungsdumping äußerst brutale Handelskriege auslösen und den denkbar schlimmsten Formen des Protektionismus den Weg bereiten. (...)

Ich bekräftige also nochmals, für wie wichtig ich es halte, dass sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten betroffenen Staaten noch vor Ende des Jahres treffen, um die Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen und ihre Anstrengungen zur Wiederherstellung des Vertrauens zu koordinieren. Ich habe diesen Vorschlag mit der vollen Zustimmung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gemacht, mit der ich mich ausgetauscht habe und die meine Besorgnis in Bezug auf die Finanzkrise und über die Notwendigkeit, die erforderlichen Lehren daraus zu ziehen, teilt.

Ich bin überzeugt, dass das Übel sehr tief sitzt und dass wir das gesamte internationale Finanz- und Währungssystem einer tiefgreifenden Neuausrichtung unterziehen müssen, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg in Bretton-Woods geschehen ist, um die Instrumente für eine internationale Regulierung schaffen zu können, die heute vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Internationalisierung der Wechselkurse erforderlich ist. Wir können die Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts nicht weiterhin mit den Instrumenten des 20. Jahrhunderts steuern. Wir können nicht weiterhin die Welt von morgen mit den Ideen von gestern gestalten.

Wenn die Zentralbanken die gesamte Finanzverwaltung der Banken übernehmen und der amerikanische Steuerzahler sich bereit hält, Tausend Milliarden von Dollar locker zu machen, um den Zusammenbruch zu vermeiden, dann stellt sich die Frage nicht mehr, ob es legitim ist, dass die öffentliche Hand in das Finanzsystem eingreift!

Aber es kommt nun mal vor, dass die Selbstregulierungsmechanismen nicht ausreichen, dass der Markt sich irrt, dass der Wettbewerb nicht wirksam und gerecht ist. Der Staat muss also sehr wohl eingreifen, er muss Regeln auferlegen, Investitionen tätigen, sich an Unternehmen beteiligen, vorausgesetzt er vermag sich zurückzuziehen, wenn sein Eingreifen nicht mehr erforderlich ist.

Nichts wäre schlimmer als ein Staat, der Gefangener seiner Dogmen bleibt und sich in einer Doktrin verstrickt, die so starr wie eine Religion ist. (...)

Angsichts dieser außergewöhnlichen Umstände, die das Handeln aller erforderlich macht, rufe ich Europa dazu auf, seine Fähigkeiten der Krisenbewältigung zu überdenken; (...) Europa muss gemeinsam über seine Wettbewerbsregeln nachdenken, die in meinen Augen nur ein Mittel und kein Ziel per se sind; es muss Überlegungen anstellen über seine Fähigkeit, Mittel für die Gestaltung der Zukunft zu mobilisieren und es muss sich Gedanken über die Instrumente seiner Wirtschaftspolitik und über seine Ziele in Sachen Währungspolitik machen. Ich weiß, dass das schwierig ist, weil Europa aus 27 Mitgliedsstaaten besteht, aber wenn die Dinge in der Welt sich ändern, dann muss auch Europa sich ändern. Es muss in der Lage sein, seine Dogmen umzustoßen. (...) Die für alle Europäer beste Antwort auf die Krise ist eine europäische Antwort. Als amtierender EU-Ratspräsident werde ich beim nächsten EU-Rat Initiativen in dieser Richtung vorschlagen. (...)

Was unser Land angeht, (...) so will ich an dieser Stelle ganz offiziell folgende Verpflichtung eingehen: Was auch immer geschieht, der Staat wird die Sicherheit und die Kontinuität des französischen Finanz- und Bankensystems gewährleisten. (...)

Sollte sich jedoch ein starker und dauerhafter Rückgang der Wirtschaftstätigkeit abzeichnen, so werde ich ohne zu zögern die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Stützung ergreifen. (...)

Die aktuelle Krise ist eine strukturelle Krise. (...) Sie erfordert keine Verlangsamung, sondern eine Beschleunigung des Reformkurses. (...)

Wenn man offen und ehrlich zu den Franzosen sein will, dann muss man ihnen die ganze Wahrheit sagen, und die ganze Wahrheit bedeutet: Der Staat kann nicht unendlich seine laufenden Ausgaben und seine Solidaritätsausgaben durch Anleihen finanzieren. Irgendwann muss er auch mal seine Schulden bezahlen. (...)

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Lage unserer Wirtschaft halte ich eine Sparpolitik, die die Rezession noch verschärfen würde, nicht für sinnvoll. Ich werde keine Steuer- und Abgabenerhöhungen zulassen, die eine Schwächung der Kaufkraft der Franzosen zur Folge hätten. (...)

Frankreich wird diese Krise nicht bewältigen, wenn es weniger arbeitet, sondern ausschließlich, wenn es mehr arbeitet. Wir müssen alles daran setzen, um die Beschäftigung zu fördern, denn seit Jahrzehnten wird alles getan, um genau das Gegenteil zu erreichen. (...)

Wir müssen die Krise zum Anlass nehmen, um weiter und schneller auf dem Pfad der Reformen voranzuschreiten, welche zu einer Aufwertung der Arbeit beitragen, gerade jetzt, wo das Modell eines spekulativen Finanzsystems zusammenbricht. (...)

Es gilt, dem schnellen Geld durch Spekulation die Anstrengungen des Arbeiters entgegenzusetzen; der Anonymität der Finanzmärkte das Engagement des risikobereiten Unternehmers; dem kurzfristigen Kapitalismus einen produktionsorientierten Kapitalismus. Und zudem gilt es, der Industrie in einem Augenblick, in dem sich das Finanzkorsett lockert, Priorität einzuräumen: Genau darin besteht die Wirtschaftspolitik, die ich verfolgen will.

Den Franzosen die Wahrheit zu sagen, heißt, ihnen zu sagen, dass wir von einem Zeitalter des Überschusses in ein Zeitalter der Knappheit übergehen. Das heißt von einem Zeitalter, in dem man sich in einer Weise der natürlichen Ressourcen bediente, als wären sie unerschöpflich, in eine Ära, in der wir uns tagtäglich mit der uns bevorstehenden Erschöpfung der natürlichen Ressourcen auseinandersetzen müssen.

Im Zeitalter der Knappheit werden Öl, Gas und Rohstoffe uns teurer zu stehen kommen.

Die Franzosen müssen anders produzieren und ihren Verbrauch überdenken. Sie müssen lernen, mit den knappen Ressourcen sparsam umzugehen, denn diese dürfen nicht mehr verschwendet werden.

Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung gefährden die Zukunft unseres Planeten. Wir alle werden, um unsere Umwelt weniger zu verschmutzen, Anstrengungen unternehmen und unsere Gewohnheiten ändern müssen.

Wenn wir verhindern wollen, dass ökologische Katastrophen in massive Bevölkerungsbewegungen und humanitäre und politische Katastrophen münden, wenn wir verhindern wollen, dass Wassermangel und unfruchtbare Böden zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, dann muss jeder die Konsequenzen seiner Entscheidungen tragen, für die eigenen Entscheidungen bürgen und den eigenen Verbrauch angemessen bezahlen.

In der Welt von morgen muss das Verschmutzer-zahlt-Prinzip überall zur Geltung kommen, wenn wir den zukünftigen Generationen eine Welt hinterlassen wollen, auf der sie noch existieren können.

Während wir Investitionen und Arbeit sowie den persönlichen Einsatz und den Erfolg weniger belasten und saubere Produkte weniger besteuern, müssen wir im Gegenzug die Verschmutzung stärker besteuern.

Den ökologischen Herausforderungen mittels Steuern zu begegnen, ist unverzichtbar, wenn wir einen tiefgreifenden Wandel des Verbraucherverhaltens erreichen wollen.

Sicher, angesichts der derzeitigen Lage, in der eine Vielzahl der Franzosen mit einer sinkenden Kaufkraft konfrontiert ist, können wir unmöglich die Hauptkonsumgüter verteuern; gerade vor diesem Hintergrund halte ich das Bonus-Malus-System für äußerst sinnvoll. Bei den Kraftfahrzeugen hat es sich als äußerst erfolgreich erwiesen: Innerhalb von 8 Monaten haben wir 500.000 Bonusse verteilt, die Nachfrage umweltfreundlicherer Neuwagen ist enorm gestiegen. Dieses Bonus-Malus-System, dank dessen wir Jahre beim Wandel des Verbraucherverhaltens gewinnen, soll in Zukunft auch auf andere Produkte ausgeweitet werden. (...)

Ich glaube an das nachhaltige Wachstum.

Die Umsetzung der Beschlüsse des nationalen Umweltgipfels besteht in der Vervierfachung öffentlicher Verkehrsmittel auf eigenen Trassen, im Bau von zusätzlich 2000 km Hochgeschwindigkeitsstrecken, rollenden Autobahnen, Meeresautobahnen; eine Milliarde Euro werden bis 2012 für die Forschung in Sachen nachhaltige Entwicklung bereitgestellt, die der gesamte Bestandes an Sozialwohnungen und öffentlichen Gebäuden wird instand gesetzt, damit sie den Energiesparanforderungen entsprechen.

Alle diese neuen Ausgaben dienen der Energieeinsparung, und sie werden unserer Wirtschaft einen Auftrieb geben. Dabei wird es nicht darum gehen, die Zukunft der Gegenwart zu opfern, sondern ganz im Gegenteil darum, unser Land so gut wie möglich auf die Zukunft vorzubereiten.

Wir werden massiv die Entwicklung der Forschungsprogramme im Bereich der neuen Energiequellen, der sauberen Technologien und der neuen Transportsysteme wie dem Elektroauto vorantreiben. Unsere Kernkraftwerke werden zunehmend durch Anlagen der neuen Generation ersetzt. Wir setzen alles daran, das Infrastrukturprogramm für den öffentlichen

Transport so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen. Wir brauchen einen umfassenden Plan zur Erneuerung der Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs in den großen Städten, wo oft eine kritische Lage erreicht ist. Der Staat ist bereit, an der Seite der lokalen Behörden seine Rolle zu spielen und seinen Beitrag zur Finanzierung zu leisten.

Den Franzosen die Wahrheit zu sagen, heißt, ihnen zu sagen, dass das Wissen die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts bestimmen wird. Wir können mit den Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation nicht mehr länger warten. Dies gilt auch für die Vollendung der digitalen Revolution. (...)

Die Prioritäten unseres Haushalts spiegeln dieses Engagement für Unterricht und Forschung wider: Das Staatsbudget sieht mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr für das Unterrichtswesen und mehr als 800 Milliarden pro Jahr für die Forschung vor.

All diese Herausforderungen sind gewaltig. (...) Ich vertraue auf unsere Fähigkeit, den Kapitalismus neu zu begründen. (...)

Ich bin entschlossen, die Modernisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft voranzutreiben, ganz gleich welche Schwierigkeiten es gibt, denn wir haben keine Wahl und wir können nicht mehr warten.

In einem Augenblick, in dem die alten Ideen und Strukturen weggespült werden, gilt es, Ideen zu haben und kühn voranzuschreiten.

Wir haben die Wahl, diesem Wandel zu erleiden oder uns an seine Spitze zu setzen. Meine Entscheidung steht fest.